

Grün im Land hilft den Tieren

Das Verbandsklagerecht ist, wie Minister Remmel sagt: „... ein Meilenstein für den Tierschutz“. Mit dem neuen Verbandsklagerecht wird eine Überprüfung tierschutzrechtlicher Vorgaben durch Gerichte dort möglich, wo es sie bislang nicht gab.

Dies ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung jedoch bedarf es weiterer Maßnahmen, um den verfassungsrechtlich gegebenen Schutz der Tiere auch uneingeschränkt durchsetzen zu können.

Daher fordern wir für eine bessere Durchsetzung des Tierschutzes und als beratende Instanz auf Landesebene eine*n hauptamtliche*n Landestierschutzbeauftragte*n für NRW.



© Fotolia 105102427 | Urheber: nikolotamuhari

Auf unserer Website mensch-und-tier.gruene-nrw-lag.de findet Ihr Anträge für Rats- und Kreisfraktionen. Bei Fragen stehen wir immer gerne zur Verfügung!

Wildlebende Tiere

Neben dem Schutz von Insekten liegt uns der Schutz unserer gesamten Fauna am Herzen.

Die tierschutzpolitische Arbeitsgruppe in NRW fordert:

- Naturschutzflächen vernetzen
- Befriedung von Verbandsflächen
- Schaffung von naturnahem Forst (Urwäldern)
- Jagd als Mittel zum Schutz von Wald und Wild, mit dem Fokus auf Natur- und Tierschutz
- Stärkeres Engagement in der Beratung von Landwirt- und Jägerschaft zum Thema Artenschutz und Artenvielfalt

Die Grüne Landes Arbeitsgruppe „Mensch und Tier“ stellt sich vor

Mit diesem Flyer möchten wir von der LAG Mensch und Tier Anregungen und Hilfen geben, wie Tierschutz vorangetrieben werden kann. Er richtet sich an alle Tierschützer, kommunale Vertreter und interessierte Bürger, denen der Tierschutz ein wichtiges Anliegen ist.

Impressum:
Die Landes Arbeits Gruppe Mensch und Tier
Britta Hollinderbäumer, Jörg Grünauer, Dr. Renate Knauf,
Dr. Ophelia Nick



© Fotolia 6304530 | Urheber: gelpi

DIE LAG
MENSCH + TIER
INFORMIERT

TIER- SCHUTZ IN NRW

Visdp: BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, LAG Mensch und Tier, Britta Hollinderbäumer

Mensch und Tier



Insektenschutz

Die Vielfaltigkeit unserer Natur nimmt im dicht besiedelten NRW stetig ab. Gründe sind die voranschreitende Flächenversiegelung und die intensive Landwirtschaft. Dem Aussterben –u.a. von Insekten, die eine wichtige Basis unser aller Leben bilden, kann entgegen gewirkt werden.



Die tierschutzpolitische Arbeitsgruppe in NRW fordert:

- Schaffung von Erholungsräumen für die Natur zw. bebauten o. landwirtschaftlichen Flächen
- Mehr Naturschutzgebiete, Biotop- und Vorrangflächen in landwirtschaftlich Bereichen
- Stetige Sachstandsvermittlung der kommunalen Grünpfleger über Biodiversitätsmaßnahmen
- Informationsmöglichkeiten zum Thema „kommunaler Natur-, Arten, und Tierschutz“
- Regelmäßiger informeller Austausch für die Politik mit Imkern und Naturschutzverbänden

Heimtiere

Viele Tiere leben mit uns in einer Gemeinschaft und sind auf unsere Fürsorge angewiesen. Jährlich nimmt die Zahl der Tiere in den Tierheimen zu. Auch steigt der Anteil der angebotenen exotischen Tiere in einem dramatischen Ausmaß.

Die tierschutzpolitische Arbeitsgruppe in NRW fordert:

- Unterstützung der Tierheime durch die öffentliche Hand.
- Katzenkastrations- und Kennzeichnungspflicht für Freigängerkatzen
- Verbot von Exotenbörsen
- Keine Wildtierdarbietungen in Zirkusbetrieben
- Intensivere Vernetzung der zuständigen Behörden im In- und Ausland beim Thema Hundehandel
- Bereitstellung von zusätzlichem Personal in den Veterinärbehörden zur besseren Durchsetzung des Tierschutzes.



Tiere in der Landwirtschaft

Die Landwirtschaft prägt unsere Kulturlandschaft. Sie liefert unsere Lebensmittel, und hat Auswirkungen auf das Wasser, die Böden und die Biodiversität.



Die tierschutzpolitische Arbeitsgruppe in NRW fordert:

- Die Förderung von regionaler, tierfreundlicher ökologischer und bäuerlicher Landwirtschaft
- Stärkung dieser Landwirtschaft durch regionale Vermarktung und bäuerlicher Genossenschaften
- Förderung des Verbraucherschutzes und der Aufklärung zum Thema gesunder Ernährung
- Gesundes und frisches Schulessen aus regionalem und fairem Anbau
- Erweiterung des Angebotes von vegetarischer und veganer Ernährung in öffentlichen Einrichtungen
- Flächenangepasste Tierhaltung, nicht mehr als zwei Großvieheinheiten pro Hektar
- Stetige Verbesserung der Haltungsbedingungen
- Verbot des Tötens männlicher Kühen